



Schriesheimer Bote



Bürgerzeitung des Schriesheimer Demokratie- und Kulturvereins e. V.
Nummer 2, Frühling 2022

Inhalt

Demokratie

Nachbetrachtungen zu Bürgermeister Höfers Amtszeit	1
Spaziergänge in Schriesheim	3

Geschichte

Erfahrungsbericht aus Dresden	4
-------------------------------	---

Wissenschaft

Neues aus der Medizin	5
-----------------------	---

Kultur

Gender-Gaga – Von der Verhuzung der deutschen Sprache	7
Zur „Causa Pfitzner“	9

Menschen in Schriesheim

Interview mit Stefan Bernauer	10
-------------------------------	----

Unterhaltung

Das Licht strahlt stets zur Burg nach oben	12
--	----



Impressum:

Herausgeber:

Schriesheimer Demokratie- und Kulturverein e. V.
Vertreten durch den Vorstand

Zum Buchenhain 26

69198 Schriesheim

E-Post: demokratiekulturverein@googlemail.com

dkv-Schriesheim.de

Vereinsregister Amtsgericht Mannheim Nr. 703154

Goldbeckstraße 6b

69493 Hirschberg

Auflage: 2500

Demokratie

Ende letzten Jahres wurde mit Christoph Oeldorf in Schriesheim ein neuer Bürgermeister gewählt, nachdem der bisherige Amtsinhaber, Herr Höfer, nach zwei Amtszeiten nicht mehr angetreten war.

Diesen Wechsel nehmen wir zum Anlass, die Amtsführung von Herrn Höfer, soweit wir das beurteilen können, aus demokratischer Sicht zu betrachten.

Dabei greifen wir drei Punkte heraus, es gäbe aber noch mehr zu berichten:

Zensur im Mitteilungsblatt:

Es gab schon in der Vergangenheit die ein oder andere Umformulierung oder die Auslassung von Sätzen bei einzelnen Beiträgen. Dies war für den jeweiligen Verfasser sicherlich ärgerlich, aber solange der eigentliche Sinn des Beitrages nicht verändert wurde, sicher noch verschmerzbar.

Ab Sommer 2021 wurden dann aber ganze Artikel komplett zensiert. Dies betraf unseren Verein, dessen Meinungsäußerungen Herrn Höfer ganz offensichtlich ein Dorn im Auge waren. Als aufrechter Demokrat hätte Herr Höfer selbstverständlich jede Meinungsäußerung zulassen müssen, leider hat er aber seine Amtsstellung und damit das Vertrauen der Bürger dazu missbraucht, seine persönlichen Interessen durchzusetzen. Unter den von der Verwaltung neu erstellten Regeln – ohne das Mandat des Gemeinderates einzuholen – hatten nun auch andere Vereine und Gruppen mehr oder weniger zu leiden. Die selbstherrlich und auch willkürlich aufgestellten Regeln der Verwaltung änderten sich dabei von Woche zu Woche. Es wurden von Seiten der Verwaltung auch rechtliche Bedenken ins Feld geführt, die aber auf Schriesheim überhaupt nicht zutreffen. Fragen, die unser Verein mehrfach zur Veröffentlichungspraxis gestellt hatte, wurde nicht oder nur unzureichend beantwortet. Letztendlich kehrte die Verwaltung, nachdem sich auch andere Vereine, Gruppen und Parteien massiv beschwert hatten, im Wesentlichen wieder zu den alten Regeln für das Mitteilungsblatt

zurück, wie sie auch vor Jahren vom Gemeinderat beschlossen wurden. Allerdings wurde unser Beitrag zum Volkstrauertag 2021 massiv zensiert und nicht vollständig veröffentlicht. Dass Herr Höfer die Rückkehr zu den vom Gemeinderat beschlossenen Regeln nicht aus innerer Einsicht, im Sinne der Meinungsfreiheit getan hat, beweisen mehrere Äußerungen von ihm in der RNZ. Dort wiederholt er mehrfach, dass es ihm explizit darum gegangen sei, die Beiträge unseres Vereins zu verhindern.

Hier zeigt sich, dass Herr Höfer ein massives Problem mit der Meinungsfreiheit hat und Demokratie nicht wirklich verstanden hat.

Ausgrenzung Andersdenkender

Aus unserer Sicht sollte ein Bürgermeister für alle Bürger eines Ortes da sein und nicht nur für diejenigen, die auch die gleiche Meinung wie er selbst haben.

Herr Höfer hat aber in seiner Amtszeit, die Vertreter und Wähler der AfD konsequent ausgegrenzt. Soweit bekannt, bestand der einzige Kontakt zwischen einem Vertreter der AfD und Herrn Höfer kurz nach der letzten Gemeinderatswahl. Danach hat sich Herr Höfer, trotz mehrerer Anfragen geweigert, mit dem Vertreter von immerhin 3,4 % der Wähler in Schriesheim zu sprechen.

Bei einer vollständigen Liste wären möglicherweise auch zwei AfD-Stadträte gewählt worden, also genauso viele wie die bei der FDP.

Die Behauptung von Herrn Höfer aus seinem Interview im Jahresrückblick 2021 im Mannheimer Morgen, „Ich bin Bürgermeister aller Schriesheimerinnen und Schriesheimer, egal, welche politische Einstellung eine Person vertritt. Und ich bin immer Ansprech- und Diskussionspartner für alle. Ich bin nämlich auch der Meinung, dass man im gemeinsamen Austausch über die verschiedenen Sichtweisen sprechen kann. Vielleicht wird dabei dem ein oder anderen auch bewusst, dass manche Dinge aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden müssen.“ entsprach also nicht der Wahrheit.

Beschimpfung und Verunglimpfung Andersdenkender

In einem Interview mit der RNZ zur Jahresbilanz 2021 hat Herr Höfer dann den Tiefpunkt seiner Amtszeit erreicht, indem er Menschen anderer Meinung als „Bodensatz“ bezeichnete.

Jeder Mensch, der nur ein Minimum an Selbstreflexionsvermögen verfügt, wird sich

gelegentlich die Frage stellen, ob die eigene politische Position noch die richtige ist und ob man auch andere Meinungen gelten lassen kann, ohne diese teilen zu müssen. Nur wer sich selbst über alle Zweifel erhaben sieht, kommt überhaupt erst auf die Idee, andere Menschen im übertragenen Sinne als Dreck zu bezeichnen.

Fazit

Herr Höfer hat erhebliche Energie dafür verschwendet andere Meinungen zu unterdrücken, statt zuzuhören und sich für einen konstruktiven Austausch einzusetzen.

Im Sinne der Demokratie ist es gut, dass Herr Höfer nicht mehr im Amt ist, obwohl es natürlich auch zu respektieren ist, dass die Schriesheimer diesen Bürgermeister damals mehrheitlich gewählt haben.

Thomas Kröber

Ende des Winters
Über den Bäumen
ein violett brauner Schleier
in wenigen Tagen
werden die Knospen aufbrechen
ihre winterlichen Hüllen abwerfen
und in jeder Knospe wird
neues Leben sich entfalten
wird zartes Grün über Zweigen
und Kronen schimmern
und bald ein neues Blätterdach bilden
uns so vertraut
als sei es immer so gewesen

Gerhild Michel

Spaziergänge in Schriesheim:



Nach wenn die Lokalpresse schon seit längerem nicht mehr berichtet hat, so gehen doch die Spaziergänge in Schriesheim jeden Montag weiter. Seit Ende 2021 gehen nun regelmäßig Menschen auf die Straße. Zu Spitzenzeiten waren es 175 Menschen, zuletzt haben sich die Teilnehmerzahlen bei ca. 80 eingependelt.

Die mediale Berichterstattung und das politische Geschehen dreht sich im Moment fast ausschließlich um den Ukraine-Russland-Konflikt (im erweiterten Sinne ist es ein Konflikt zwischen NATO / EU und Russland).

Das bedeutet aber nicht, dass Regierung und Politiker an der „Corona-Front“ nicht aktiv sind.

Während die überwiegende Anzahl der Staaten keinen Impfwang eingeführt hat, haben zahlreiche Bundestagsabgeordnete, aus den Reihen der Koalitionsparteien und der CDU, einen Gesetzesentwurf für eine Zwangsimpfung eingebracht, der vom Bundestag im April beschlossen werden soll.

Demnach würde ein Impfnachweis schon zum 01.10.2022 verlangt.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass weder absehbar ist, ob es überhaupt zu einer weiteren wesentlichen Corona-Welle kommt. Noch ist eine Überlastung des Gesundheitssystems absehbar oder wahrscheinlich.

Im Gegenteil, nach den eigenen Worten des Gesundheitsministers Lauterbach ist es in den letzten zwei Jahren nie zu einer Überlastung gekommen, obwohl ca. 5.000 Intensivbetten in dieser Zeit abgebaut wurden.

Sollte die Bundesregierung also tatsächlich eine Überlastung verhindern wollen, dann wäre es angezeigt die Kapazitäten mindestens wieder auf den alten Stand aufzustocken.

Aber offensichtlich ist dies von der Regierung eben nicht gewünscht.

Hinzu kommt noch, dass die angebotenen „Impfstoffe“ eine miserable Wirksamkeit aufweisen, teilweise massive Nebenwirkungen bis hin zum Tod haben, Langzeitfolgen noch unklar sind und noch gar nicht für künftige Varianten entwickelt sind.

Der zur Debatte stehende Impfwang, der wohl im Moment von einer Mehrheit im Bundestag befürwortet wird, würde also folgendes von den Bürgern verlangen:

- „Impfung“ gegen eine noch unbekannt Variante, die es noch gar nicht gibt und die gar nicht auftreten muss, und zwar

- mit einem „Impfstoff“, der bei den schon vorhandenen Varianten eine sehr kurzzeitige, unbefriedigende Wirksamkeit gezeigt hat.

- Für die meisten Bürger dürfte der Nachteil durch die „Impfung“ wegen deren Nebenwirkungen weitaus höher sein, als der Vorteil durch einen milderen Verlauf einer möglichen Corona-Infektion.

Aus unserer Sicht ist ein solches Gesetz in keinsten Weise mit unserem Grundgesetz zu vereinbaren, das doch eigentlich die körperliche Unversehrtheit der Bürger garantieren und vor staatlichen Angriffen schützen soll.

Wer eine solche Zwangsimpfung nicht will, sollte deshalb auf die politischen Vertreter einwirken und auf die Straße gehen, in der Hoffnung, dass noch ein Umdenken stattfindet.

Thomas Kröber

Diejenigen, die
hinter die Schatten blicken können
und die Lügen ihrer Kultur
erkennen,
werden von den Massen
nie verstanden werden,
geschweige denn,
dass man ihnen glaubt.

Plato (427-347 v. Chr.)

Geschichte

Erfahrungsbericht aus Dresden

Eine Zeitzeugin der Bombenangriffe von Dresden vom 13. bis 15. Februar 1945 lebt heute in Schriesheim



(Dresden 1945, Blick vom Rathausturm nach NO elbaufwärts mit Pirmaischen Platz, Kaiserpalast)

Jetzt bin ich selbst über fünfzig Lebensjahre alt und danke Gott dafür, dass meine Mutter diese Hölle der Luftangriffe überlebt hat. Sie war damals ein junges Mädchen von 12 Jahren.

Vor vielen Jahren wurde der Film „Dresden – das Inferno“ im Fernsehen als Zweiteiler produziert und ich erinnere mich, dass ich meine Mutter damals gefragt habe, ob sie ihn sehen wird. Angeschaltet hat sie den Fernseher an jenem Abend, aber dann hat sie ihn gleich wieder ausgeschaltet.

Dieser Film lief 2006 im Fernsehen, da war ich 37 Jahre alt, doch wie schrecklich es war, verstehe ich heute vom Herzen tiefer, weil wir darüber an den Jahrestagen der Morde und versuchten Morde an der Zivilbevölkerung von Dresden und Flüchtlingen aus Schlesien gesprochen haben – ich bin älter und ich durfte und darf eigene Erfahrungen machen.

Wir haben also an den Jahrestagen darüber gesprochen und sie hat mir erzählt, wie sie im Bunker in ihrem Wohnhaus in der Fetscherstraße gesessen sind und gebetet haben. Nach der ersten Nacht haben sie den Bunker auf der anderen Seite der Straße in einer Villa benutzt und sie ist nach der zweiten Nacht mit meiner Oma nach Kaitz gelaufen zu meinen Großeltern. Ihr Vater kam hinterher, weil er noch sehen wollte, was von seinem Schuhmachergeschäft übriggeblieben ist. Alles lag in Schutt und Asche, und sie lief Hand in Hand auf verbrannter Erde an verkohlten Leichen vorbei, an

deren Füßen noch teilweise Schuhe hingen. Koffer standen herum und Taschen, die Menschen auf der Flucht nicht tragen konnten: „Wir haben so gestunken und waren durch und durch dreckig“

Ich bin ihr dankbar für ihre Tränen in den Augen, weil durch ihre Tränen in den Augen mir das, was ich fühlte, nur noch bewusster geworden ist und ich selbst mit aller Deutlichkeit erkennen durfte, dass weder späteres seelisches Glück noch Geld die Bilder und das Erlebte in der Seele heilt, was wir im Laufe des Lebens schlimmes miterleben mussten – allenfalls überdeckt kann es werden. Es hat mich berührt, wie meiner 88-jährigen Mutter 76 Jahre später Tränen in die Augen traten, als sie sagte, sie habe nicht mehr zurückgeschaut auf das Wohnhaus, in dem ihr Zuhause war, sie habe ihre Puppen Inge und Ursel verloren. Die Puppen waren wichtig und die feste Hand der Mutter, die sie durch die Straßen mit den Leichen geführt hat. Wir haben beide geweint und es war gut so. Es war das erste Mal, dass ich meine Mutter darüber habe weinen sehen und wir wollen es lassen, darüber zu reden, weil sie die Nacht darauf aufgewacht ist und sich weiter erinnerte. Sie hat mir gesagt, dass sie darüber nicht mehr sprechen will.

1949 wurde das deutsche Volk ordnungshalber gespalten durch die Alliierten, sie schufen die DDR und die BRD und weitere Traumata.

Meine Mutter lernte meinen Vater kennen, sie heirateten 1957 und verließen den undemokratischen Osten mit Hilfe der Hochzeitsreise in den Westen.

Die Eltern meiner Mutter blieben im Osten und kamen zu Besuch und mussten hierzu Reiseanträge stellen. Meine Großmutter habe ich nie kennengelernt, sie starb vor meiner Geburt. Als meine Mutter erfuhr, dass ihre Mutter nicht mehr lange zu leben hatte und reiseunfähig war, stellte ihr das Regime zwei Möglichkeiten der Ausreise vor: entweder Antrag auf Besuch im Krankenhaus oder zur Beerdigung. Meine Mutter wollte ihre Mutter noch einmal lebend sehen, fühlen und sprechen und musste „demokratisch“ Anträge stellen - also nicht einfach mal „undemokratisch“ nach „Drüben“ fahren - und schaffte es dann doch nur an den geöffneten Sarg. Die ordnungsgemäße „Sachbearbeitung“ seelischer Bedürfnisse verursachte seelisches Leid durch menschenunwürdige Umstände, geschaffen durch Vorschriften.

Nach der Wiedervereinigung zog die russische Besatzung zwischen 1991 und 1994 ab, während die amerikanische Besatzung immer noch lieber hier ist, als in ihrer Heimat.

Das Grundgesetz galt nach der Wiedervereinigung nun für alle Deutschen und wurde bis zum 21.05.2019 bereits dreiundsechzigmal verändert – weiß die Zeitung „die Welt“:

<https://www.welt.de/geschichte/article193860219/Grundgesetz-So-viele-Aenderungen-gab-es-bereits.html>

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Auf dem Boden des Deutschen Reiches, welches weiterhin fortbesteht, ist meine Mutter noch zweimal umgezogen und kam nach Schriesheim, ohne jemals abgestimmt zu haben, wie es das Grundgesetz im Wortlaut schreibt. Mir als Tochter geht es genauso.

Für Frieden in der Welt. MaMü

Ein Wort

Ein Augenblick
der das Gewicht der Welt
vergessen lässt
ein Geruch eine Farbe
eine Berührung
ein Ton
eine Leichtigkeit
die das Leben in Freude
verwandelt
oder in ein Wort
das diesen Augenblick
einfangen
und festhalten kann

Gerhild Michel

Wissenschaft

Neues aus der Medizin:

Klinische Studien in der medizinischen Forschung.

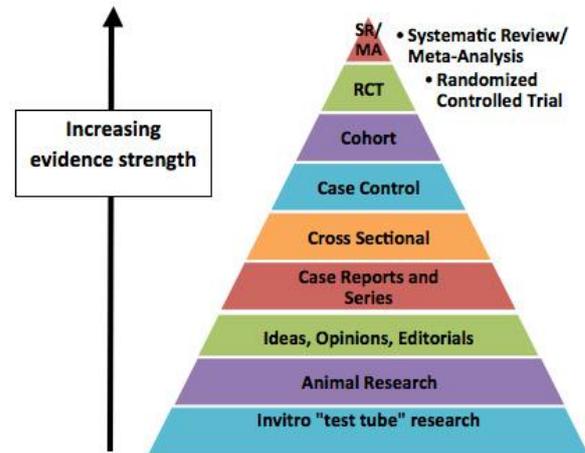


Abb. 1: Beispiel einer Evidenzpyramide.

Die klinische medizinische Forschung beschäftigt sich überwiegend mit der Überprüfung und Einführung neuer oder verbesserter Behandlungsmethoden (z. B. Medikamente), Diagnostiken (z. B. Labortest) oder Präventionen (z. B. Krebsfrüherkennung). Aus der Erfahrung der Vergangenheit haben sich mehrere Methoden zur verlässlichen Testung entwickelt, wobei die dabei gemachten Erfahrungen zum Teil schmerzlich waren. Insbesondere das Leid der Contergan-Geschädigten hat zur Einführung der Testung vor Marktzulassung beigetragen. Es wurde offensichtlich, dass mit einem Behandlungsverfahren auch eine erhebliche Gefährdung einhergehen und die geplante Verbesserung des Gesundheitszustandes durch ungenügende Kenntnis der Wirkung und der Nebenwirkung zu einer dauerhaften Schädigung führen kann. Die Konsequenz war die Einführung einer gesetzlichen Regelung - dem Arzneimittelgesetz (AMG) - als Zulassungsvoraussetzung für neue Methoden, die am Menschen Anwendung finden (§§ 21ff AMG). Insbesondere die Methode der Prüfung in der präklinischen und klinischen Phase ist präzise geregelt und wird bei Notwendigkeit aktualisiert. Die Prüfung erfolgt nach Erarbeitung der Grundlagen im Labor am gesunden Menschen nach einem gesetzlich geregelt Zulassungsverfahren. Die Zulassung verlangt zwingend ein Votum einer unabhängigen Ethik-Kommission, durch die eine unethische Zielsetzung und Durchführung verhindert werden soll. Dies dient vor allem dem Schutz der Probanden (§§ 40ff AMG), die sich freiwillig zur Testung zur Verfügung stellen. Die

Zulassung erfolgt durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) und für Impfstoffe oder Blutprodukte durch das Paul-Ehrlich-Institut. Dazu muss ein Studienprotokoll vorgelegt werden, das nach dessen Genehmigung eingehalten werden muss. Eine Verletzung dieses Protokolls kann zum Abbruch der klinischen Studie führen. Darin werden die definierten Studienziele und die Durchführung verbindlich formuliert. Ein unabhängiges Lenkungs Komitee und ein Sicherheitsgremium sind zwingend vorgeschrieben. Diese werten fortlaufend die erhobenen Daten aus (Sicherheit, Effektivität) und können in das Studiengeschehen eingreifen (Verlängerung, Abbruch). Nach Zulassung zur klinischen Prüfung sind 4 Phasen (Arzneimittel-Studie) zu unterscheiden, für die jeweils ein eigenes Studienprotokoll notwendig ist.

1. Phase: ca. 30 gesunde Probanden.

Ziel: Verträglichkeit, Bioverfügbarkeit, Pharmakokinetik -u. Dynamik.

Dauer: Monate.

2. Phase: >100 Patienten.

Ziel: Wirksamkeitsnachweis, Dosisfindung, Verträglichkeit, Festlegung Dosis für weitere Studien.

Dauer: Monate- Jahre.

3. Phase: hunderte bis tausende Patienten:

Ziel: Wirksamkeitsnachweis, Verträglichkeitsnachweis, Nebenwirkungsprofil, Zulassung.

Dauer: Jahre.

4. Phase: mehrere tausend Patienten:

Endpunktstudien, Verträglichkeit, Interaktion mit anderen Arzneimittel.

Dauer: Jahre.

Sollte die Prüfsubstanz in mehreren Indikationen eingesetzt werden, braucht es für jede ein eigenes Studienprotokoll und Studienprogramm. Daher können mehrere klinische Prüfungen parallel stattfinden. Diese werden im Allgemeinen mit einem Akronym zur besseren Erkennbarkeit bezeichnet (z. B. *Global Utilization of Streptokinase and Tissue Plasminogen Activator for Occluded Coronary Arteries* (GUSTO) kurz: GUSTO-Trial).

Die praktische Durchführung erfolgt in der präklinischen Phase in dafür spezialisierten Zentren, die es in größeren Städten gibt und die hierfür öffentlich werben. Die Anwendung kann ambulant oder stationär erfolgen.

Die klinischen Phasen erfolgen in medizinischen Zentren, die spezielle Expertise hierfür haben und auch in der Durchführung geschult sind. Das sind z. B. Klinikabteilungen oder auch ambulante Zentren. Die Behandlung erfolgt an Patienten mit Erkrankungen, für die die Prüfsubstanz entwickelt wurde. Es ist zwingend vorgeschrieben, dass eine vorherige Aufklärung über die klinische Studie erfolgt. Die möglichen Vorteile und Risiken müssen erklärt werden. Die Zustimmung zur Studientherapie muss durch ein schriftliches Einverständnis erfolgen (*informed consent*), bevor eine Behandlung erfolgt. Dieser Vorgang wird als *Rekrutierung* bezeichnet. Erst danach erfolgt eine Zulosung in eine *Verumgruppe* (Behandlungsgruppe) oder *Plazebogruppe* (Kontrollgruppe). Dabei ist entscheidend, dass weder der Behandler (Arzt) noch der Behandelte (Patient) wissen darf, in welcher Gruppe er ist. Dies nennt man im Fachbegriff eine doppelblind randomisierte klinische Studie oder auf Englisch *randomized controlled trial* (RCT). Der Behandlungsverlauf muss strukturiert dokumentiert werden (*case report form*) und die Daten werden fortlaufend ausgewertet. Erkannte Nebenwirkungen oder Schädigungen (*adverse events* oder *serious adverse events*) müssen kurzfristig an das zentrale Studienmanagement weitergemeldet werden. Im definierten Beobachtungszeitraum erfolgen fortlaufend zuvor festgelegte Vorstellungen zu Untersuchungen im Studienzentrum nach der stationären Entlassung zur Verlaufskontrolle ("Visiten"). Nach Erreichen der vorher festgelegten Patientenzahl wird die Studie beendet und abschließend ausgewertet. Die Daten werden den Zulassungsbehörden zur Prüfung und Zulassung der Therapie vorgelegt. Es kann eine Ablehnung oder Zulassung erfolgen. Danach ist die Substanz als Medikament gelistet und kann zur Therapie in der Indikationsstellung eingesetzt werden.

Es wird deutlich, dass dieses Verfahren zum einem sehr aufwendig und kostspielig ist und zum anderen mehrere Jahre Zeit benötigt. Das ist der Grund, weshalb Medikamente in den Anfangsjahren ihrer Anwendung sehr teuer sein können. Ein Vorteil ist die Arzneimittelsicherheit und der gezielte Einsatz des Medikaments durch den Erfahrungsgewinn im Studienverfahren. Nach der Zulassung erfolgt weiterhin eine gesetzlich vorgeschriebene Überwachung der Anwendung, um seltene oder spät auftretende Nebenwirkungen zu erkennen (*Pharmakovigilanz*). Im Einzelfall kann bei Auftreten inakzeptabler Nebenwirkungen die

Zulassung entzogen werden (z. B. bei *Clobutinol*). Das klinische Studienprogramm entspricht der Bedeutung eines Experiments und stellt die bis dato verlässlichste Methode zur Prüfung und Zulassung einer neuen Substanz oder Testung einer bereits zugelassenen Substanz dar. Eine noch größere Aussagekraft hat die Auswertung mehrerer klinischer Studien mit demselben Behandlungsansatz, die Metanalysen genannt werden. Dies stellt eine nachträgliche Bewertung dar, ohne die Notwendigkeit einer erneuten klinischen Studie. Andere Testverfahren sind weniger bzw. deutlich weniger aussagekräftig, was die Aussagekraft zur Wirksamkeit einer Therapie betrifft: z. B. Kohortenstudie, Fall-Kontroll-Studie, Fallberichte, Anwendungsbeobachtungen. Abb. 1 zeigt die sogenannte Evidenzpyramide, die dies graphisch darstellt. Die Evidenz (nachgewiesene Wirksamkeit) nimmt von der Spitze bis zur Basis deutlich ab. Daraus resultiert, dass nur eine klinische Studie mit der Qualität einer RCT zur Zulassung neuer therapeutischer Substanzen geeignet ist. Die Ausnahme hierfür sind die bedingte Zulassung (Verordnung 507/2006/EG) und das Notfallverfahren. Bei der bedingten Zulassung wird ein in klinischer Prüfung befindliches Präparat zur Anwendung bei lebensbedrohlichen Erkrankungen bereits zeitlich begrenzt zugelassen. Dies ist mit Auflagen verbunden (Abschluss Phase-III-Studien) und ist zeitlich gefristet (z. B. 1 Kalenderjahr). Bei der Notfallzulassung wird die Entwicklung vielversprechender Substanzen bzw. Arzneimittel, die zur Behandlung eines Notfalls der öffentlichen Gesundheit (z. B. Pandemie) notwendig sind, beschleunigt. Dazu werden behördliche Verfahren abgekürzt und die Überprüfung der Studie durch die Behörde erfolgt fortlaufend und nicht am Ende (*Rolling-Review*). Im Notfallverfahren (*Emergency Procedure*) ist die Dauer der Beurteilung durch den wissenschaftlichen Ausschuss auf 70 Tage verkürzt bei ansonsten 210 Tagen. Bei der bedingten Zulassung liegt die Haftung beim Hersteller und beim Notfallverfahren nicht. Die Überwachung des Nebenwirkungsprofils ist weiterhin vorgeschrieben (s. a. *Pharmakovigilanz*) und kann bei entsprechend negativer Auswertung auch zu einem Verbot der Anwendung führen. Ein Beispiel sind die neu eingesetzten mRNA-Stoffe, die erhebliche Nebenwirkungen entwickeln (z. B. Herzmuskelentzündungen, Herzrhythmusstörungen, letale Verläufe, rheumatische Erkrankungen, etc.). Eine sachlich und fachlich fundierte Risiko-Nutzen-

Abwägung ist zwingend erforderlich, und eine Aufklärung der Betroffenen (Behandelten) muss vor Anwendung über die bekannten möglichen Nebenwirkungen (auch tödliche Verläufe) erfolgen. Gerade im Hinblick auf die Risiko-Nutzen-Abwägung und besonders im Hinblick auf die Anwendung bei Kindern und Jugendlichen, die besonders vor Nebenwirkungen und langfristigen Schäden geschützt werden müssen, fehlen aussagekräftige und belegbare Daten zur Beurteilung. Die Effektivität der mRNA-Stoffe in der Anwendung als Immunisierung ist mittlerweile zweifelhaft und die Anzahl der Erkrankungen durch die mRNA-Anwendung auch mit schwerem Verlauf nimmt stetig zu (s.a. Daten aus Neuseeland). Dies muss zum Verbot der Anwendung zum Schutz der Bevölkerung führen. Vor einer erneuten Anwendung ist ein Studienprogramm (RCT) zwingend erforderlich.

Kultur

Gender-Gaga – Von der Verhuzung der deutschen Sprache



So gar im *Mitteilungsblatt der Stadt Schriesheim* hat die neueste Mode Einzug gehalten.

So finden sich dort kuriose Stilblüten wie **Bewohnende, Mitarbeitende, Teilhaber*innen, Schüler*innen, und Lehrer*innen.**

Nachdem nun auch bei ARD und ZDF Knacklaute und Sprechpausen inmitten von Wörtern Einzug gehalten haben, wird es Zeit, diese Verhuzung der deutschen Sprache anzuprangern. Diese abwegige Mode macht neuerdings auch vor Behörden und den Medien nicht halt. So wurden schon vor Jahren Studentenwerke in „Studierendenwerke“ umbenannt.

Briefköpfe und Schilder mussten ausgetauscht werden. Die Zeche zahlt wie immer der

Steuerzahler. Womit wir beim Thema sind, dem generischen Maskulinum, also der verallgemeinernden männlichen Form. Anne Will spricht von "Mitgliedern und Mitgliederinnen". Annalena Baerbock, zu Gast in ihrer Sendung am 24. Mai 2020, spricht vom Bund der "SteuerInnenzahler". Kein vernunftbegabter Mensch würde auf den Gedanken kommen, dass nur männliche Zeitgenossen zu den Steuerzahlern gehören. Schließlich machen Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus.

Eine absurde Ideologie siegt über die Vernunft. Dabei lehnen laut einer Umfrage von Intratest Dimap vom Mai 2021 rund zwei Drittel der Befragten die so genannte „gendergerechte Sprache“ ab. Sinnvoller wäre es doch, sich für reale Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen („gleicher Lohn für gleiche Arbeit“). Die „geschlechtergerechte Sprache“ macht sich immer mehr breit. Deren Formen sind vielfältig. Sternchen, Binnen-I mit und ohne Unterstrich davor und sonstige kuriose Darstellungsformen scheitern vor allem an der Aussprache.

Viele Journalisten getrauen sich nicht, gegen eine vermeintliche „politische Korrektheit“ zu verstoßen, wagen es nicht, gegen den Strom zu schwimmen und machen den Unfug mit. Als Zuhörer ist man durch Knacklaute und Sprechpausen vom eigentlichen Inhalt eines gestammelten mündlichen Beitrags abgelenkt. Man wartet gespannt auf den nächsten Knacklaut. In der Alltagssprache wird sich diese immer penetranter propagierte Mode wohl kaum durchsetzen können. Die Berliner Tageszeitung *taz* spricht neuerdings von „Menschen mit Gebärmutter“, wenn es um Frauen geht. Auch die Duden-Redaktion macht sich nun diese groteske Mode zu eigen. Dagegen formiert sich Protest in Form von Petitionen. Wer diesen Unfug kritisiert, wird üblicherweise in die Nazi-Ecke gestellt. Das mag ein Grund dafür sein, dass sich viele fügen und dem irrigen Zeitgeist unterwerfen.

Nach der Devise: bloß nicht anecken, immer schön mit dem Strom schwimmen, mit dem Mainstream, wie Freunde des Denglischen sagen würden. Durch die groteske Überbetonung einer pseudo-moralischen „geschlechtergerechten Sprache“ soll anscheinend von den real existierenden Problemen

abgelenkt und der Bürger mit der Moralkeule diszipliniert werden.

Die Gender-Ideologie treibt seltsame Blüten in den Farben des Regenbogens.

„Gender Mainstreaming“, die Vielfalt der Geschlechter, wird mit Nachdruck propagiert. So wurden in unserem Land über 200 Lehrstühle für pseudowissenschaftliche „Gender Studies“, also Geschlechterforschung, geschaffen. Der Steuerzahler wird auch dafür ordentlich zur Kasse gebeten.

Was sagt wohl der Bund der „SteuerInnenzahler“ dazu?

Eine der Lehrstuhlinhaberinnen, Lann Hornscheidt, möchte als „Professx“ angesprochen werden. Anscheinend gehört sie zur neuen Geschlechterkategorie „Divers“ (m/w/d). Manche „Arbeitgebende“ haben die Charta der Vielfalt unterzeichnet und wähen sich ganz am Puls der Zeit mit „Diversity Management“ für ihre diversen „Mitarbeitenden“.

Manchem Zeitgenossen drängt sich ein Vergleich mit der „spätromischen Dekadenz“ auf.

Dieter Krieger

*Das Schlimmste an der Sache ist, daß
allgemach eine junge Generation
heranwächst, welche, da sie stets nur
das neueste liest, schon kein anderes
Deutsch mehr kennt als diesen
verrenkten Jargon des impotenten
Zeitalters, welches sich ein Gewerbe
daraus macht, die deutsche Sprache
zu demolieren.*

Arthur Schopenhauer (1788 - 1860)

Zur „Causa Pfitzner“: eine Antwort auf Konstantin Groß vom Mannheimer Morgen



Hans Pfitzner

Wo immer der Name Pfitzner für billigen Cancel-Culture-Aktivismus missbraucht wird, liegt linksideologische Heuchelei nicht fern. Vielleicht schwingt hier noch zu viel der alten Animositäten mit, die die Pfitzner-Bekker-Kontroverse einst ausgelöst hat, welche bekanntlich eine weltanschauliche Kluft zwischen Spätromantik und Moderne über die Bedeutung von Genialität und Handwerkszeug in der Musik sichtbar gemacht und zwei unversöhnlich sich gegenüberstehende ideologische Lager intellektuell aufgerüstet hat. Man erinnere sich an die Provokation: „Es ist noch ein jeder Meister vom Himmel gefallen.“ Da kann man als künstlerisch nichts vorzuweisen habender Schreiberling schon mal gerne beleidigt sein und muss sich dafür stellvertretend an Zweiter-Reihe-Klassikern mit umso größerem Moralismus im persönlichen Überlegenheitsstatus schadlos halten.

Herrn Groß wäre anzuraten, sich mit noch deutlich engeren Parteibeziehungen des zur fraglichen Zeit Vorsitzenden der NS-Reichsmusikkammer zu befassen, doch dazu fehlt ihm der Mut. Kein Wunder, denn Richard Strauss hat sich als First-Class-Promi im Gegensatz zu Hans Pfitzner ungebrochen auf allen internationalen Opernspielplänen halten können, und hier würde eine Schmutzkampagne doch sehr weitreichende – nicht zuletzt wirtschaftliche – Konsequenzen für den Elitehochkulturbetrieb nach sich ziehen und ein

in der Tat unschätzbare musikalisches Erbe auf die linksgrün ideologische Mülldeponie werfen. Ganz zu schweigen von Richard Wagners ausgesuchtem Antisemitismus (*Das Judentum in der Musik*), der aber dank Klassizitätsbedingter Heiligsprechung seines Verkünders gerne nonchalant als Nebensache abgetan wird. Könnte es vielleicht sein, dass der einflussreiche Wagner-Verband auch über Erfolg und Misserfolg einer Journalistenkarriere entscheidet?

Wechseln wir einmal die Seite: Von Sergei Prokofjews Anbiederung an das Stalin-Regime zum Beispiel wird man konsequenterweise nichts durch die oberkorrekten Antisemitismus-Beauftragten der Kultur-Faktencheckerszene erfahren, weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Staatsterror gibt es für die selbst ernannten Antifaschisten selbstverständlich immer nur von rechts. Das hat auch deren musiksoziologischer Lieblings-Vordenker Theodor W. Adorno prächtig hingebogen, als er mit seiner im Autorenkollektiv verfassten, berüchtigten Autoritarismus-Studie *The Authoritarian Personality* (veröffentlicht im Jahre 1950) alles Autoritäre per se politisch rechts, daran gleich gekoppelt natürlich „antisemitisch“, verortete. Und dieser billige Trick funktioniert auch heute noch. Sogar Union und Liberale fallen auf die muffige DDR-Erbenschaft mit Wonne herein und verkünden unisono den „Kampf gegen Rechts“ als Staatsziel der Berliner Republik.

Anhand des heutigen Politikterrors gegen freiheitsliebende Bürger sehr gut nachvollziehbar: Den perfekten Sicherheitsverwahrer der unberechenbaren Untertanen - allesamt potenzielle Nazis und Antisemiten - mimen derweil im vorbildlichen Corona-Regime des Supernanny-Entmündigungsstaates alle Blockflötenspieler*innen des Parteienkartells von CDU/CSU über FDP, SPD, Grüne und Linkspartei. Der Propagandaapparat hat es inzwischen sogar so weit gebracht, dass das urliberale Ideal bürgerlicher „Eigenverantwortung“ zur politisch verdächtigen „Floskel des Jahres 2021“ gekürt wurde.

Willkommen, Untertanen, im betreuten Denken!

Dr. Peer Findeisen

Menschen in Schriesheim

Interview mit Stefan Bernauer



Stefan Bernauer

3ur Person:

Stefan Bernauer lebt in Altenbach und hat die Bürgergemeinschaft Schriesheim (BgS) gegründet.

Die Bürgergemein-schaft verfolgt einen basisdemokratischen Ansatz:

Themen können von allen interessierten Bürgern auf der Internetplattform der BgS eingebracht und abgestimmt werden. Auch bei öffentlichen Treffen werden diese Themen diskutiert, und unterschiedliche Standpunkte und Informationen werden mit aufgenommen.

Die gewählten BgS- Gemeinderäte stimmen dann anhand der Abstimmungsergebnisse auf der Internetplattform ab.

Im Namen der BgS wurde Frau Breitenreicher 2019 in den in den Gemeinderat gewählt, diese hat sich aber inzwischen von der BgS losgesagt.

Das Interview wurde am 15.03.2022 von unserem 1. Vorsitzenden Thomas Kröber geführt.

Thomas Kröber:

Herr Bernauer, herzlichen Dank, dass Sie sich für ein Interview zur Verfügung stellen. Die erste Frage lautet: Inwieweit sehen Sie im Moment das basisdemokratische Konzept der BgS in Schriesheim umgesetzt?

Stefan Bernauer:

Die BgS ist gerade durch Ihre größte Krise gegangen, und ich kann nur feststellen, dass wir zwar gute Strukturen geschaffen hatten, dass diese aber zu wenig angenommen und genutzt wurden. Dafür gibt es sicher viele Gründe, eigene Fehler eingeschlossen.

Ein entscheidender Punkt scheint mir zu sein, dass neue Ideen häufig Zeit brauchen, um im Denken

und Handeln der Menschen anzukommen. Das werden wir weiterhin versuchen und alle interessierten Bürger dazu einladen, daran mitzuarbeiten.

Thomas Kröber:

Die BgS hat mit Frau Breitenreicher bei der letzten Gemeinderatswahl 2019 einen Sitz im Gemeinderat erringen können. Inzwischen hat sich Frau Breitenreicher aber von der BgS distanziert. Wie ist es zu dieser Distanzierung gekommen? Besteht von Seiten der BgS noch eine Zusammenarbeit mit Frau Breitenreicher?

Stefan Bernauer:

Dass es unterschiedliche Meinungen und auch Streit gibt, gehört zum normalen menschlichen Umgang. Hier unterscheidet sich die BgS nicht von anderen Gruppierungen. Ich kann das nur aus meiner Sicht beschreiben: Streit entwickelte sich insbesondere zwischen Lissy, Hilmar und mir. Dabei ging es meist um das Konzept der BgS, im Besonderen um das Verhalten der Aktiven gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch „intern“ miteinander. Am Ende war das Verhalten der beiden aus meiner Sicht schlicht undemokratisch, und damit stand es im Widerspruch zum Konzept der BgS.

Dass ich die Montagsspaziergänge gegenüber den Organisatoren der „Uffbasse“- Demo verteidigt habe, gab´ am Ende wohl den Ausschlag für die Distanzierung von Lissy und Hilmar von der BgS – diesen Eindruck erhält man jedenfalls durch den Artikel in der RNZ.

Das war für mich aus vielen Gründen verwunderlich – ich erwähne hier nur 3 davon:

1. Wieso distanziert man sich von einer Gruppe, wenn man nur mit einer Person aus der Gruppe streitet?
2. Wieso bespricht man diesen Schritt nicht mit den anderen aus der Gruppe, sondern geht direkt in die Öffentlichkeit?
3. Wieso behält Lissy ihren Sitz im Gemeinderat, Zitat RNZ: "unabhängig von Interessen von verbliebenen Mitgliedern der Bürgergemeinschaft"?

Die BgS erhielt bei der letzten Wahl 7413 Stimmen. Davon fielen 1159 auf Frau Breitenreicher also knapp 16%.

Wieso berechtigen 16% der Stimmen eine gewählte Person dazu, 84% der Stimmen für diese Gruppe zu ignorieren?

Auch dieses Verhalten empfinde ich als zutiefst undemokratisch.

Der Abstand zum Zweitplatzierten auf unserer Liste betrug übrigens 2,7%.

Ich erwähne das nur, weil ich mich diesbezüglich auch über die Berichterstattung der RNZ gewundert habe, die schrieb: „2019 kam sie mit weitem Abstand auf der Liste auf 1159 Stimmen.“

2,7% als „weiten Abstand“ zu bezeichnen, erscheint mir als demokratische Rechtfertigung doch recht unbrauchbar. (Bei der FDP beträgt dieser Abstand z. B. 5,9%)

Rechtlich ist das Festhalten am Sitz natürlich nicht zu beanstanden. Gemeinderatswahlen sind eine Persönlichkeitswahl.

Allerdings war es die BgS, die ausdrücklich angetreten war, um unsere stark personen- und parteibezogene Politik, in Richtung einer mehr bürger- und themenorientierten Politik zu entwickeln.

Von dieser Idee hatten sich Lissy und Hilmar aus meiner Sicht schon länger verabschiedet.

Eine Zusammenarbeit erscheint derzeit nicht denkbar, nachdem Lissy öffentlich in der RNZ mein letztes Gesprächsangebot ausgeschlagen hat.

Die RNZ zitierte Lissy am 20. Januar: „[...] mit dem spreche ich nicht mehr [...]“.

Es ist aktuell aus meiner Sicht ein großes Problem unserer Demokratie und Kultur, dass man mit Menschen, die anderer Meinung sind, nicht mehr sprechen will.

Das ist eine Fehlentwicklung, gegen die alle Demokraten gemeinsam aufstehen sollten. Ich erlebe leider zu oft das Gegenteil.

Thomas Kröber:

Wir teilen Ihre Ausführungen über das NICHT-Sprechen.

Sich gegenseitig zuhören und seine Gedanken teilen ist die Grundvoraussetzung zur verbalen menschlichen Interaktion und Konfliktlösung.

Zuhören bedeutet ja nicht, dass man die Meinung des Gegenübers teilen muss.

Gibt es noch andere Bereiche in Schriesheim, in denen Sie dieses Nichtzuhören beobachten?

Stefan Bernauer:

Das ist an vielen Stellen in unserer Gesellschaft zu beobachten. Ich denke, es hat ein kultureller Wandel stattgefunden. Früher führte ein Streit über

Politik nicht so leicht zum Ende von Freundschaften.

Heute gibt es sogar Familien, die wegen unterschiedlicher Meinungen z. B. zur Corona-Politik in die Brüche gehen.

Es ist eine spannende Frage, was diesen Wandel verursacht hat. Wichtiger noch erscheint mir aber die Frage, wie man gegensteuern kann. Sachliche Gespräche sind für eine Demokratie eine Notwendigkeit.

Politik und Medien wären hier in der Verantwortung, tun aber zu erheblichen Teilen das Gegenteil.

Diese bedenkliche Entwicklung hat mit der Corona-Krise erheblichen Schub bekommen. Allein schon die Wortwahl spricht Bände:

Beispielsweise der Begriff „Covidioten“, der von Saskia Esken (SPD) verwendet wurde, oder dass CDU-Fraktionschef Manuel Hagel der AfD-Abgeordneten im Landtag vorwarf, sie seien „Aasgeier der Pandemie“. Auch Ministerpräsident Kretschmann benutzte diese Formulierung gegenüber Demonstranten. Sachlich geht anders.

Die Folgen spüren wir natürlich auch in Schriesheim.

Abgesehen von Ihnen habe ich noch keinen Schriesheimer Gemeinderat mit uns „Montags-Spaziergängern“ reden sehen. Stattdessen organisierten die Gemeinderäte eine Demo gegen uns.

Ich habe das öffentlich auf meinem Blog (hier zu finden:

<https://bernauers.de/historisches/2022/01/15/montags-in-schriesheim/>) kritisiert und mich für Gespräche zur Verfügung gestellt.

Doch statt Gesprächen gab´ es eine Pinnwand. . .

Meine ehemaligen Mitstreiter entdecken bei mir „Zeichen von Hetze“, ohne zu erwähnen welche „Zeichen“ das denn sein sollen. Da kann ich mir an einem Finger abzählen, was man davon hält, dass ich Ihnen dieses Interview gebe. Muss man in Schriesheim schon schauen mit wem man spricht, um nicht öffentlich in „Ungnade“ zu fallen? Ist das eine positive Entwicklung unserer demokratischen Kultur?

Ich für meinen Teil spreche mit allen, die mit mir sprechen und bin dankbar, dass Sie mich hier so ausführlich zu Wort kommen lassen.

Thomas Kröber:

Sehr geehrter Herr Bernauer, ich bedanke mich für das interessante Gespräch.

Unterhaltung

Das Licht strahlt stets zur Burg nach oben



Bericht eines Zeitzeugen des Landolf von Strahl:

Landolf war schon seit geraumer Zeit nicht mehr am Kanzelbache gesessen. Und so erachtete er es als seine ritterliche Pflicht, sich wieder einmal dorthin zu begeben und dem Wasser zu lauschen...

Salomia, die sich jüngst mit Landolf vermählt hatte, behielt ihre Nixenschwestern stets im Auge, und Landolf sollte nun von ihnen erfahren, was man so im Orte munkelte, welche Intrigen man gegen ihn und seinesgleichen ersann. So wusste er stets, was man im Schilde gegen ihn führte. Dadurch konnte er sich bestens vorbereiten auf das, was ihm bevorstand...

Man hatte es an einem Luna-Tage auf ihn abgesehen, genauer gesagt sollte es sich zu nächtllicher Stunde ereignen. Die Gefolgsleute der Machthabenden wurden eifrigst zusammengetrommelt. Die Hofberichterstattung sprach von ca. 500 Mannen und Weibsen!

Man wolle nach anfänglichem, abständigem Stehens allmählich einen Zirkel bilden, Landolf in den Hinterhalt locken und ihn sodann mit Schals, Tüchern, Zacken und Gabeln piesacken. Dafür waren all die schwarzen Söldner engagiert. Diese bekamen allerdings nur ein limitiertes Salär für ihre Arbeit, also mussten sie innerhalb einer Stunde Landolf zu fassen kriegen und ihn niedergestreckt haben!

Man war dabei ganz sicher, dass sich Landolf bei den Luna-Aufständischen aufhalten würde. Und da

man beim Luna-Gange all die Aufständischen auch mitten im Herzen des Ortes erwartete, war man sich sicher, dass nichts schiefgehen würde.

Landolf indes hatte sich mit den Seinen abgesprochen. An jenem Luna-Abend wählte man schlicht eine andere Route zu beschreiten, und so konnten ungestört Lieder gesungen und frohgelaunt weitere Passanten zum Mitlaufen motiviert werden. Man drehte Runde um Runde, und es war wie in einem Paralleluniversum. Die einen bewegten sich nicht und blieben in der zentralen Straße des Ortes stehen. Die anderen bewegten sich friedlich und gelassen durch Schriesheims Gassen.

Und was besonders aufgefallen war: Die bezahlten Söldner wurden noch vor Ende der Stunde ihres Amtes müde und ließen ihre Stecken vorzeitig fallen. Ein leichter Nieselregen war zu bemerken. Die Hofberichterstatter schrieben von einhelligem Erfolg seitens der Straßensteher und dass man vernünftigerweise die Aktion beendet habe wegen „starken Regens“ und aus gesundheitlicher Rücksichtnahme...

So war Landolf mal wieder mit seinem Leben davongekommen, da er eben schlauer, kühner und ausdauernder war als die meisten Mannen und Weibsen des Weinortes.

Und die Moral von der Geschicht': Trau bloß der großen Masse nicht!

Doch Mut, nur Mut in jeder Lage,

Wo uns ein Dornenwald umstarrt!

Die Morgenröte besserer Tage

Glüht hinter'm Berg der Gegenwart!

August Friedrich Ernst Langbein, (1757-1835)